Arbeiter, Angestellte wählt Eure Partei : KPD/ML

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

WAHLEXTRABLATT HAMBURG FEBRUAR 1974

Großkundgebungen der KPD/ML

1. März Stübens Gesellschaftsräume, Wilhelmsburg, Vogelhüttendeich 48 (Straßenbahnlinie 2 bis Fährstraße), Versammlungsbeginn: 20.oo Uhr.

2. März Gaststätte 'Jarrestadt', Hamburg 39, Jarrestraße 27, Versammlungsbeginn: 19.oo Uhr.

Demonstration der KPD/ML

1. März ABMARSCH: 11 Uhr, vom S-Bahnhof Sternschanze.

Gegen Lohnraub und Unterdrückung Krise und Krieg

Liebe Hamburgerinnen und Hamburger, Freunde, Kollegen, Genossen !

Bürgerschaftswahl 1974. Zum ersten Mal nach 20 Jahren beteiligt sich in Hamburg wieder eine kommunistische Partei, die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten, an der Wahl. Um es vorweg zu sagen, um keinen Irrtum entstehen zu lassen, von wegen "geht doch nach drüben": die KPD/ML hat nicht das geringste mit der 1968 von Bonner Gnaden zugelassenen Deutschen "Kommunistischen" Partei, der D"K"P, mit den Herren in Ostberlin oder in Moskau zu tun. Entgegen den Behauptungen der Zeitungen wie Bild, Morgenpost, Abendblatt und UZ, die uns einzureden versuchen, daß es sich bei der Sowjetunion, den Staaten des Warschauer Paktes um sozialistische, um kommunistische Länder und bei der D"K"P, um eine kommunistische Partei handele, sagen wir: Lüge!

Sozialistische Staaten, das sind die Volksrepubliken China und Albanien. Heute gibt es in Deutschland nur eine korrekte kommunistische Partei, die KPD/ML. Die Partei, die das ruhmreiche rote Banner der deutschen Arbeiterklasse, das Banner August Bebels, Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts, Ernst Thälmanns aus dem Dreck rissen, in die es die Reimann und Ulbricht, die Bachmann und Honnecker getreten hatten.

Hamburg ist keine Insel !

Hamburg ist 'das Tor zur Welt'. Oder besser, das war einmal. Denn diese Welt endet für uns 60 Kilometer ostwärts bei Lauenburg. Hamburgs Bedeutung als Welthafen, als bedeutendster Umschlagplatz für die Waren von West nach Ost, von Süd nach Nord und umgekehrt ist längst in die Binsen. Durch die Spaltung Deutschlands hat Hamburg einen großen Teil seines natürlichen Hinterlandes verloren. Im Rahmen der "Europäischen Gemeinschaft", der EG, liegt Hamburg in einer äußerst ungünstigen Randlage.

Das heißt, wenn wir am 3. März zur Wahl gehen, sollten wir bei dem, was wir da ankreuzen, nicht nur an Hamburg denken, sondern über die Mauern unserer Stadt hinausschauen. Denn Hamburg ist keine Insel, das Geschick unserer Stadt ist untrennbar verbunden mit dem, was in der Bundesrepublik geschieht. Und das, was zur Zeit da geschieht, spüren wir am eigenen Leibe. Dazu brauchen wir nicht erst die tägliche Presse zu lesen und die Maßhaltecapelle des Bundeskanzlers zu hören.

Den Gürtel enger schnallen

Maßhalten, den Gürtel enger schnallen, das hatte uns vor Jahren doch schon mal ein anderer empfohlen, Bundeskanzler Erhard von der CDU. Damals, in der Krise 1966/67, zerplatzte der Traum vom ewig währenden sogenannten "Wirtschaftswunder" wie eine Seifenblase. Sozialpartnerschaft, wir sitzen alle in einem Boot, hatte es bis dahin geheißen. Das stimmte ja auch. Wir saßen alle in einem Boot. Nur mit dem Unterschied, daß wir Arbeiter und Angestellten im Schweiße unseres Angesichts an den Riemen rissen, während die Bosse und Bonzen fett, faul und gefräßig am Ruder, am Steuer (für Quidjes) saßen.

Damals stieg die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter hoch in die Hunderttausende, zeigte sich, daß die allgemeine, tiefgehende Krise, die die gesamte kapitalistische Welt erfaßt hat, sich auch auf Westdeutschland auszuwirken begann. **Zeigte sich, daß der krisenfreie Kapitalismus ein Märchen war.** Viele dachten damals, das läge wohl an der CDU/CSU, die könnten nicht richtig wirtschaften, und sie gaben bei den nächsten Wahlen zum Bundestag der SPD/FDP als dem kleineren Übel ihre Stimme. Aber ein Übel bleibt eben ein Übel. **Fest steht: ob CDU/CSU oder SPD/FDP, das ist Jacke wie Büx. Alle sind Parteien, die die Interessen der Kapitalisten, der Unternehmer, der Bosse vertreten.** Und uns, den Werktätigen, kann es schließlich egal sein, welche Fraktion des Kapitals sich auf unsere Kosten mästet. Denn die Folgen der kapitalistischen Miss(t)wirtschaft treffen doch immer nur uns. Dafür erhalten wir zur Zeit gerade wieder ein anschauliches Beispiel.

Steigende Arbeitslosigkeit bei gallopierender Teuerung

Das ist es, was die SPD/FDP-Regierung den Bundesbürgern als "frohe" Neujahrsgrüße bescherte. Wir steuern auf eine Krise zu, die die von 1966/67 mit Sicherheit übertreffen wird. Auch wenn den Zahlen nicht einfach zu trauen ist, Bonn kalkuliert mit Arbeitslosenzahlen um die 750.000. Gleichzeitig wurde eine Teuerungsrate von über 8 % angekündigt. In der Autoindustrie, von der in der Bundesrepublik ungefähr jeder siebente Arbeitsplatz direkt oder indirekt abhängt, wird ein Rückgang der Inlandsnachfrage gegenüber dem Vorjahr von 55-60 % geschätzt. Rund 400.000 Neuwagen - mehr als eine Monatsproduktion - und ca. 1,5 Millionen Gebrauchtwagen liegen bereits auf Halde. Allein in der Textilindustrie machten 1973 über 200 Firmen Pleite. 50.000 Kollegen verloren hier ihren Arbeitsplatz, über 100.000 müssen kurzarbeiten. Für die Bauindustrie werden im Frühjahr 300.000 Arbeitslose erwartet und die Chemiekapitalisten drohen bis zu 200.000 Arbeitslose an.

Doch während uns die ständig steigenden Preise davonlaufen, sodaß wir mit unseren Lohn- und Gehaltsforderungen nie nachkommen können, während sich Wohnungsmieten und Heizungskosten sprunghaft - teils um das doppelte - erhöhen, während zigtausende in unserer Stadt nicht wissen, ob sie morgen noch Arbeit haben, machen die Kapitalisten, die Unternehmer, unterstützt von ihrer SPD/FDP - Regierung einen kräftigen Schnitt. So haben sich allein die Ölkonzerne an der sogenannten "Energiekrise" dumm und dämlich verdient. Obwohl, wie sich nachträglich herausstellte, es zu keinem

Fortsetzung auf Seite 2

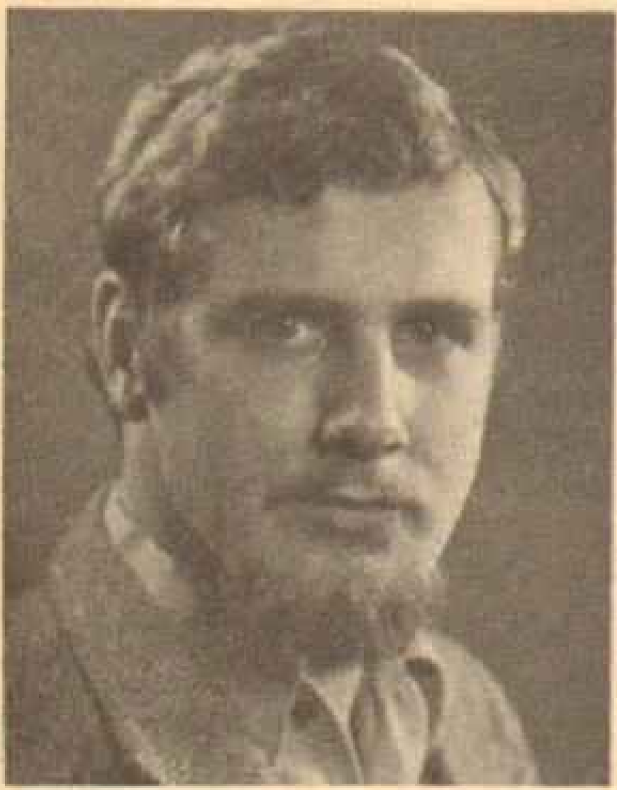
Hamburg wird rot !

Eure rote Mannschaft ins Rathaus!



Ernst Aust (50)

Hamburger. Als er geboren wird, geht der Kurs der Mark gerade in die Millionen. Er wächst unter Arbeiterkindern in Eimsbüttel und Barmbek auf, besucht die Volksschule Schwenkestraße und am Thilo. Als die Nacht des Faschismus über Deutschland hereinbricht, ist er 10 Jahre alt. Mit 16 Lehre bei der Hamburgischen Landesbank. 1941 zur Wehrmacht. Als Fallschirmjäger lernt er im ständigen Fronteinsatz den Wahnsinn und die Schrecken des imperialistischen Krieges kennen. Der Krieg wird zur entscheidenden Wende in seinem Leben. Ende 1944 in englische Kriegsgefangenschaft. Er erkennt: Kriege beseitigt man nicht durch Beten, man muß ihre Ursachen, den Kapitalismus, den Imperialismus beseitigen. Wer will, daß es keine Gewehre mehr gibt, muß das Gewehr in die Hand nehmen. Er wird Kommunist. 1948 kehrt er in das zerstörte Hamburg zurück, schließt sich der FdJ und dem Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands an. 1951 Eintritt in die KPD. Die Partei holt ihn zur Hamburger Volkszeitung, wo er bis 1953 tätig ist. Ab 1953 gibt er im Parteiauftrag die Zeitschrift "Dat Blinkfüer" heraus. Zunehmend gerät er in Konflikt mit der herrschenden Klasse. Die zahlreichen Ermittlungsverfahren führen 1963 zu einem Prozeß wegen Verstoß gegen das KPD-Verbot und Staatsgefährdung. Er wird zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Aber die Partei ist nicht mehr die revolutionäre Arbeiterpartei, in die er 1951 eintrat, langsam, für viele Genossen kaum merkbar, hat sie die Farbe gewechselt, ist sie zu einer Partei sozialdemokratischen Typus entartet. Als Ernst dies klar erkennt, nimmt er 1966 den Kampf auf gegen diesen Verrat an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus. Er legt alle Funktionen nieder und pfeift auf eine Parteikarriere a la Mies, Erlebach, Wienecke. Er geht in den Betrieb, wo er jahrelang als Arbeiter, als Fräser arbeitet. Inzwischen sammelt er über die von ihm geschaffene Zeitschrift ROTER MORGEN Genossen, die wie er den Kampf gegen den modernen Revisionismus der KPD/D"K"P aufgenommen haben und gründet mit ihnen Ende 1968 in Hamburg die KPD/ML. Drei Jahre später wird er von den Genossen zum Vorsitzenden der Partei gewählt.



Jürgen Dibborn (24)

In Kiel geboren verlief seine Kindheit wie die aller Arbeiterkinder der Siedlung, in der er aufwuchs. Mittelschulabschluß. Ab 17 Maschinen-Schlosser-Lehre. Was tun, wenn man als Lehrling als unterbezahlte Arbeitskraft ausgenutzt und dazu noch unzureichend ausgebildet wird? Kämpfen, sich Organisieren. Aber richtig. Jürgen tritt der ROTEN GARDE, später der Partei bei. Nach Lehrabschluß und Bundeswehr Arbeit als Maschinen-Schlosser auf der HDW, Kiel. Als Kommunist wird er 1973 zum Vertrauensmann gewählt. Die HDW-Bosse, die wissen, was es heißt, wenn die Partei der Arbeiterklasse sich zunehmend in den Massen verankert, entläßt ihn. Der Betriebsrat stimmt zu. Die Gewerkschaftsbosse ziehen kurz vor dem Arbeitsgerichtsprozeß ihre Rechtshilfe zurück. Doch die Partei steht hinter ihm, mobilisiert die Öffentlichkeit. Der Gerichtssaal wird zur Tribüne im Kampf gegen politische Unterdrückung. Gewonnen in 1. Instanz. Der Kampf geht weiter bis zum Sieg über das Kapital und seine Handlanger!



Marion Harries (21)

Die Jüngste Eurer roten Mannschaft. Ne Hamborger Deern. Aufgewachsen als Kind einer Arbeiterfamilie in Hamburg-Wilhelmsburg. Lernt Bürogehilfin in einer Sparkasse. Jetzt kaufm. Angestellte. Verheiratet. – Früh erkennt sie, daß Schwierigkeiten im Betrieb kein individuelles Problem sind, sondern Ausdruck und Bestandteil des allgemeinen Klassenkampfes, daß man sich den Marxismus-Leninismus aneignen und sich in der Partei der Arbeiterklasse organisieren muß. Als aktives Gewerkschaftsmitglied sieht sie ihr Ziel darin, den Kollegen zu zeigen, daß in der Gewerkschaft sich zwei Linien, zwei Interessengruppen diametral gegenüberstehen: Die Mitgliedermassen gegen die die Interessen des Kapitals vertretende Gewerkschaftsbürokratie. In vielen Einzelgewerkschaften bilden sich oppositionelle Gruppen. Die Gewerkschaftsführung antwortet mit Ausschlußterror, Auflösung fortschrittlicher Vertrauensleutekörper, Jugendvertretungen, ganzer Ortsjugendausschüsse. Das wird ihr Ende nur beschleunigen!

Für ein vereintes, sozialistisches

Zeitpunkt in den vergangenen Monaten einen echten Engpaß in der Ölversorgung gab und die Preiserhöhungen der arabischen Länder für das Erdöl sich im Rahmen von Pfennigen pro Liter bewegten, zogen wie noch nie in den letzten Jahren die Preise für Heizöl und Benzin an.

Chaos und Planlosigkeit - Zeichen der kapitalistischen Wirtschaft

Woher kommen denn die Krisen, die uns in schöner Regelmässigkeit heimsuchen? Fallen sie vom Himmel? Ist die Regierung schuld, die nicht wirtschaften kann? Nein, der Kapitalismus ist es, der, abgesehen von seinem weltweiten Verfall, in seinem Streben nach höchsten Profiten Krise um Krise produziert. Die Kapitalisten kennen nur eins, ihren Reibach zu machen. Dabei fragen sie nicht, was braucht die Bevölkerung, was muß ich herstellen, um ihre Bedürfnisse zu dekken, sie stellen das her, wovon sie glauben, daß es ihnen am meisten einbringt. Dabei kommt es dann immer dazu, daß sie zuviel produzieren. Für sie ist das nicht weiter schlimm. Sie schränken dann die Produktion ein und werfen die Arbeiter auf die Straße.

Das zuviel produzieren heißt nicht, daß jeder schon alles, ein Auto, einen Geschirrspüler, eine Wohnung hätte. Sondern nur, daß diejenigen, die diese Dinge sich leisten können, sie haben. **So fehlen z.B. in Hamburg immer noch rund 30.000 Wohnungen, dennoch stehen rund 10.000 Wohnungen leer.** Warum? Weil sie zu teuer sind, so daß diejenigen, die eine Wohnung suchen, sie sich nicht leisten können.

Natürlich machen in einer Krise auch die kleineren Kapitalisten Pleite oder sie werden von den großen geschluckt, sie aber haben ihr Schäfchen im Trockenen, während wir sehen können, wie wir mit der ALU über die Runden kommen. Oder denkt an die Vernichtung von Milch, Getreide, Obst und Gemüse. Die Millionenkosten, um Butter zu lagern. Alles nur, damit das Angebot knapp bleibt, damit die Preise und Profite nicht sinken, damit der räuberische kapitalistische Zwischenhandel seinen Schnitt machen kann, die Bauern selbst erhalten nur Pfennige.

Um die Produktion am Laufen zu halten, werden von den Kapitalisten zunehmend in Produkte des täglichen Bedarfs Fehlerquellen, schlechtes Material eingebaut, damit sie so schnell wie möglich wieder entzwei gehen. Konnte man beispielsweise 1955 noch mit einem VW-Motor 180.000 bis 250.000 km fahren, so ist er heute schon nach rund 100.000 km im Eimer. In Fernsehapparaten werden Röhren eingebaut, die eine Höchstlebensdauer von rund 2 Jahren haben. Direkt kriminell wird die Sache, wenn sie um ihres Profites willen Menschenleben gefährden. Wenn sie beispielsweise Medikamente (Contergan, Menocil etc.) herstellen und ohne mit der Wimper zu zucken, in Kauf nehmen, daß tausende Kinder verkrüppeln und Menschen sterben. Wenn sie suchterregende Medikamente anbieten, damit der Umsatz nicht sinkt. Wenn sie durch Abgase und Abwässer aus ihren Fabriken - nur weil der Einbau von Reinigungsanlagen ihnen keinen Profit bringt - in Kauf nehmen, daß Seen und Flüsse in stinkende giftige Kloaken verwandelt und die Luft verpestet wird. Es gab einmal Zeiten, die älteren erinnern sich, daß wir in Nienstedten noch in der Elbe badeten. Heute ist die Elbe der giftigste und gefährlichste Fluß Europas.

Alle Regierungen, ob SPD/FDP, ob CDU/CSU sind Lakaien, Befehlsempfänger der Kapitalisten

Sie unterscheiden sich praktisch nur durch ihren Parteinamen und die Art und Weise, wie sie die Massen zu betrügen versuchen. Sie können weder Krisen, steigende Preise, Inflation, Arbeitslosigkeit noch sonstwas verhindern. So chaotisch wie die kapitalistische Wirtschaft, sind ihre sogenannten "konjunkturpolitischen Maßnahmen". Sie sind für die Katz. Nur auf eine Frage wissen die Kapitalisten und ihre Regierungen immer eine Antwort. Auf die Frage, wer die Zeche bezahlen soll. Nämlich wir. So lassen sich die Beschlüsse der Bundesregierung vom 19.12.1973 auf einen Nenner bringen: **Den Kapitalisten wird kräftig zugeschustert (Steuererleichterungen), die Arbeiterklasse und das gesamte werktätige Volk soll den Gürtel enger schnallen.** Sie nehmen uns aus, wie die Weihnachtsgänse. **Allein die Lohnsteuer ist von 1968 bis 1973 von 28 auf 60 Milliarden gestiegen.** Milliarden, mit denen wir ihr Schmarotzer- und Drohnendasein, einen riesigen unproduktiven staatlichen Verwaltungs- und Unterdrückungsapparat finanzieren müssen. Und da wagt es der sogenannte "Sachverständigenrat", uns als oberste Grenze für die derzeitigen Tarifabschlüsse 8,5 % zu empfehlen.

Gut, wird nun vielleicht mancher Leser sagen, wenn sich die Parteien in ihrer Wirtschaftspolitik, in ihrem Betrug an den Werktätigen auch kaum unterscheiden, aber immerhin hat doch die SPD/FDP-Regierung in Bonn durch ihre neue Ostpolitik im Gegensatz zur CDU/CSU die Entspannung in Europa gefördert.

Ihr größtes Geschäft ist der Krieg!

Unsinn, das ganze Entspannungsgeschwätz dient nur dazu, uns in Sicherheit zu wiegen. Wer macht denn die Kriege? In wessen Interesse liegen sie? Natürlich im Interesse der Kapitalisten, der Imperialisten, deren größtes Geschäft sie sind. Schließlich verdient man an einem Starfighter mehr, als an Kochtöpfen. Sie verkaufen sie, wie auch Panzer, Kanonen usw. an ihren Staat, und wir müssen sie in Form unserer Steuergelder bezahlen. Aber schließlich baut man Panzer und Kanonen nicht, um sie in den Glasschrank zu stellen. Sie müssen umgesetzt, vernichtet werden, und das geschieht im Krieg gleich massenhaft. Deshalb ist der Krieg für die Kapitalisten das beste Geschäft, aus dem sie die höchsten Profite ziehen. **Die Hauptsache aber ist: Die imperialistischen Mächte in ihrer unvermeidlichen Jagd nach Rohstoffquellen, nach Absatzmärkten, nach Einflußsphären, nach schlecht bezahlten Arbeitskräften in den Entwicklungsländern, geraten unweigerlich in Konflikt zueinander.**

Und ist der Weltkuchen erst einmal aufgeteilt, können sie sich ein neues Stück nur noch mit Gewalt gegen ihre Konkurrenten abschneiden. Der Krieg ist dann nur die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Das haben wir in diesem Jahrhundert bereits zweimal erlebt. Und jedesmal hat es zig-Millionen Tote, Arbeiter, Angestellte, Bauern, Studenten, die Blüte unserer Jugend gekostet. **Kann es mit diesem Imperialismus und seinen Kreaturen überhaupt ein Erbarmen geben? Ist nicht jeder Schritt, jedes Mittel recht, ihm so schnell wie möglich den Garaus zu machen?**

Heute ist die Lage so, daß die Hauptkriegsgefahr in der Welt von den zwei Supermächten, den USA-Imperialisten und den Sowjetischen Sozialimperialisten ausgeht. Einerseits rivalisieren sie miteinander, andererseits schmieden sie gemeinsam sich gegen die Völker richtende Komplotte, um diese zu unterdrükken.

Stellt Euch vor, es wäre kürzlich, anläßlich des Krieges im Nahen Osten, zu einer Konfrontation der beiden Supermächte gekommen. Was hätte das für uns bedeutet? Das hätte bedeutet, daß infolge der Bindung der Bundesrepublik an die NATO und der DDR an den Warschauer Pakt, beide deutschen Staaten in den Konflikt hineingezogen worden wären, daß im Interesse der beiden Supermächte denen es einzig und allein um ihren Einfluß im Nahen Osten, um das arabische Erdöl geht, Deutsche auf Deutsche hätten schießen und sterben müssen. Das hieße, daß Deutschland zum Kriegsschauplatz und mit Sicherheit völlig zerstört würde.

Aber was hat das alles, so wird mancher fragen, mit der Hamburger Bürgerschaftswahl zu tun? Es geht doch um das Geschick unserer Stadt. Wir sagten bereits, daß das Geschick unserer Stadt eng mit dem der Bundesrepublik verbunden ist. Doch werden wir konkret, ist der SPD-FDP-Senat besser als die Brandt-Scheel-Regierung in Bonn?

ROTER MORGEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert 46 Dortmund–Hörde. Postfach 526 Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund–Hörde. Postfach 526. PSchKto Dortmund Nr. 417 06 - 466 (Verlag G. Schubert). Tel.: 231/ 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Dieter Stoll, Duisburg. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36.

unabhängiges, Deutschland!

Hamburgs SPD-Bonzokratie

Es ist schon lange her, daß der hervorragende Sozialdemokrat August Bebel Hamburg zur "sozialistischen Hauptstadt Deutschlands" erklärte und das Gewerkschaftshaus am Besenbinderhof bei seiner Einweihung im Jahre 1906 die "Waffenschmiede des Hamburger Proletariats" nannte. Heute ist Hamburg weder Hauptstadt, noch gar eine sozialistische. Das Gewerkschaftshaus am Besenbinderhof ist bestenfalls eine Schmiede der Arbeiteraristokratie, der Gewerkschaftsbonzen, der die Proletarier, wollen sie dort tagen, auch noch Miete zahlen müssen. Welcher SPD-Funktionär und Gewerkschaftsbonze will denn heute noch Proletarier sein?

Vetternwirtschaft, Proporz, Parteibuchpolitik, das ist es, worin Hamburg von allen westdeutschen Kommunen offensichtlich die Spitze hält. Von 70 SPD-Abgeordneten der Hamburger Bürgerschaft haben 31 recht einträgliche Staatsämter oder Posten in stadteigenen Betrieben, sowie weitere 11 lukrative Gewerkschaftsjobs. So verfügt der Senkrechtstarter H.J. Klose, ehemaliger stellvertretender Juso-Chef, heutiger SPD-Fraktionsvorsitzender, der 1969 als Staatsanwalt über 2 100 DM monatlich verfügte, heute als Geschäftsführer der SAGA über ein Jahreseinkommen von über 100 000 DM.

Der Ämterpatronage und -verfilzung folgt natürlich die Korruption auf dem Fuß. Wie soll man es sonst nenne, daß sich der Aufsichtsrat der DGB-eigenen "Volksfürsorge", zu der auch SPD-Chef Oswald Paulig gehört, Diätspritzen von 15 000 bis 20 000 DM bewilligt, während die Angestellten der Versicherung sich mit einem Sonderbetrag von 100 DM und je 50 DM für jedes Jahr Betriebszugehörigkeit begnügen müssen? Übrigens: Auch in der Frage der Diäten – 1 000 DM monatlich – die die Mitglieder der Bürgerschaft neben ihrem normalen Einkommen erhalten, scheint man sich nach den Wahlen und nach dem Bonner Vorbild richten zu wollen, wo sich die Herren "Volksvertreter" zur gleichen Zeit, da sie den Angestellten und Beamten des öffentlichen Dienstes ganze 7,5% Lohnerhöhung anboten, sich selbst aber Diätenerhöhungen bis zu 50% bewilligten.

Versteht sich, daß bei Vetternwirtschaft und Korruption auch die Spekulation nicht fehlen darf. So schanzte man im Zuge der Altbausanierung in Altona einem Puppenfabrikanten, dessen Grundstück gerichtlich enteignet war, als Ersatz 1,5 Millionen in bar und ein dreimal so großes Grundstück zu, das dieser für 7,5 Millionen Mark verkaufte. Oder die MdB's Blötz und Ilse sorgten dafür, daß das Eros Center des Sankt Pauli-Königs Bartels mit Damen des horizontalen Gewerbes gefüllt wurde und er auf der Reeperbahn 4 700 qm staatlichen Grundes zum Bau von Geschäften und Kneipen erhielt, wofür Ilse zum Teilhaber und Geschäftsführer der "Spielbudenplatz GmbH" avancierte. Oder die Bewo-Bau, eine Tochter der gewerkschaftseigenen "Neuen Heimat", die neben Häusern auch Luxusabsteigen und Spielkasinos im Ausland baut und in derem Aufsichtsrat gleich fünf Bürgerschaftsabgeordnete sitzen, kaufte 1972 eine Reihe Häuser im Bereich Graumannsweg-Eckhoffstraße auf, ekelte die Mieter raus, zerstörte den Wohnraum, um die Häuser abreißen zu können und profitable Geschäftshäuser zu bauen.

Und wenn sich dann die Bevölkerung, junge Menschen, mit solchen menschen- und mieterfeindlichen Spekulationen nicht abfinden wollen, wenn sie, wie im Fall Eckhoffstraße, ein leerstehendes Haus besetzen, um es wieder Wohnzwecken zuzuführen, dann greift prügelnd, mit an vergangene Zeiten erinnernder Brutalität die Staatsgewalt ein. Immerhin war es der frühere IG-Metall-Boss, spätere Innensenator und heutige Arbeitsdirektor und Vorstandsmitglied der Co op, H. Ruhnau, der geistige Vater der jetzt überall im Bundesgebiet entstehenden Sondereinheiten der Polizei, im Volksmund "Killerkommandos."

Wie eng die Verfilzung von Kapital, Regierung und Gewerkschaftsführung auch in Hamburg ist, dafür nur ein Beispiel: Heinz Scholz, der bei der Schließung der HDW Finkenwerder eine Rolle spielte, war erstens als damaliges Mitglied des Aufsichtsrates der HDW einer der Verantwortlichen für die Schließung, für den Rausschmiß von ca. 4 000 Kollegen. Zweitens sorgte er als damaliger Bezirksleiter der IG Metall dafür, daß die Kollegen ruhig blieben (durch Schweigen, Unwahrheiten, Sozialplandemagogie). Drittens "vertrat" er gleichzeitig als Mitglied der Bürgerschaft auch noch einen Teil der Hamburger Bevölkerung. Heute ist es in den Vorstand der HDW zum Arbeitsdirektor aufgestiegen.

Da sage noch jemand, wir seien gewerkschaftsfeindlich! Wir sind für Gewerkschaften. Aber nicht solche, deren Bosse nichts weiter als Handlanger, Kumpane des Kapitals sind!

Und die Schande der D'K'P

Was aber dann wählen, wird sich mancher fragen. CDU/CSU, SPD und FDP scheiden aus. Die NPD, die offen faschistische Partei des Kapitals, kommt nicht in Frage. Also die D"K"P?

Damit hat die herrschende Klasse gerechnet. Deshalb hat sie die D"K"P zugelassen. Sie soll heute die Rolle übernehmen, die die in den Augen vieler als Partei des Kapitals diskreditierte SPD nicht mehr spielen kann. Sie soll die Unzufriedenen, diejenigen, die eine grundlegende Änderung der Gesellschaft, den Sozialismus wollen, bei der Stande des Kapitals halten. Denn was verspricht uns die D"K"P? Sie ist gegen das Großkapital, gegen die Monopole. Sie will sie zurückdrängen.

Na und? Ändert das etwas an unserer Ausbeutung? Wie groß die Kapitalisten sind, die sich an unserer Arbeit gesundstoßen, kann uns doch ziemlich gleichgültig sein. Sie meint, man könne auf dem Weg der Reformen, ganz friedlich zum Sozialismus kommen. Was daraus wird, haben wir erst kürzlich in Chile wieder erlebt. Niemals werden die Kapitalisten die Macht aus den Händen geben. Anstatt nun aber, wie es die Pflicht einer kommunistischen Partei ist, die Massen auf die unausbleibliche Revolution vorzubereiten, ihren Nutzen für das Volk zu erklären, stellt sich die D"K"P auf den Boden des Grundgesetzes, der bürgerlichen Verfassung und behauptet, man könne auf parlamentarischem Weg die Gesellschaft verändern, hängen sich ihre Führer an die Rockschöße der SPD und der Gewerkschaftsbonzen, um an die Fleischtöpfe des Kapitals zu gelangen. Sie sind Verräter, Agenten des Kapitals, im Lager der Arbeiterklasse.

Für das, was sie uns als Sozialismus anpreisen, danken wir bestens. Die Sowjetunion, die Staaten des Warschauer Paktes, sind heute weder sozialistisch noch kommunistisch. Sie sind zu Staaten entartet, in denen der Kapitalismus in neuer Form wiedererstanden ist. Oder ist es etwa sozialistisch, wenn ein Staat wie die Sowjetunion andere Länder mit Waffengewalt überfällt? Ist es sozialistisch, wenn, wie in Polen, die neue Bourgeoisie auf demonstrierende Hafen- oder Werftarbeiter schießt? Ist es sozialistisch, wenn ein angeblicher Arbeiter- und Bauernstaat wie die DDR seine Grenzen mit Mauern und Stacheldraht sichern muß, damit ihm seine Arbeiter und Bauern nicht davonlaufen?

Die einstmals unter Lenin und Stalin so ruhmreiche Sowjetunion, das Vaterland aller Werktätigen, ist unter ihren Nachfolgern Chruschtschow, Brechnew, zu einem sozialimperialistischen Staat entartet, der andere Völker ausbeutet und unterdrückt, zu einer Diktatur nach der Art Hitlers. Das ist traurig, aber wahr.

Wie einstmals die Sowjetunion, so ist heute für uns, für alle Werktätigen, die Volksrepublik China und Albanien, in denen die Arbeiterklasse unter Führung ihrer kommunistischen Partei, im Bündnis mit den anderen werktätigen Schichten des Volkes, die Macht innehat, sie wahrt und gegen jeden Angriff verteidigt, das Vorbild. Wo sonst auf der Welt könnte es ein Staat, eine Regierung wagen, das Volk bis in die letzte Fabrik, landwirtschaftliche Genossenschaft, Schule, voll zu bewaffnen, wenn nicht die Regierung Vertrauen zum Volk und das Volk Vertrauen zu seiner Regierung hätte?

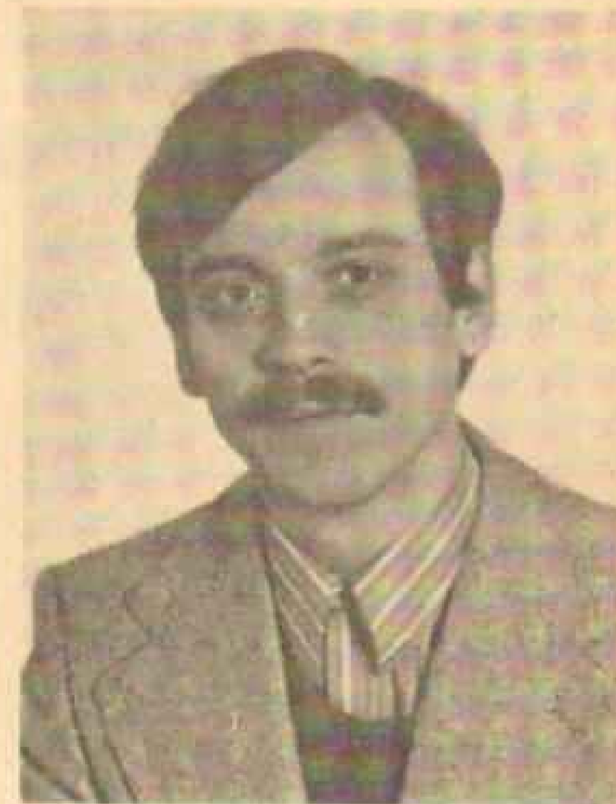
ARBEITERTREFFS DER KPD/ML: (jeweils ab 19.oo Uhr)

MITTWOCHS: In Billstedt, Schiffbeker Weg 74, Gaststätte Steffen.
In Altona, Oelkersallee 5, 'Altes Sängerheim', S-Bahn Holstenstr. (Jugendtreff der ROTEN GARDE)

DONNERSTAG: In Harburg, Anzengruberstr. 32, Gaststätte 'Wilstorfer Krug'.

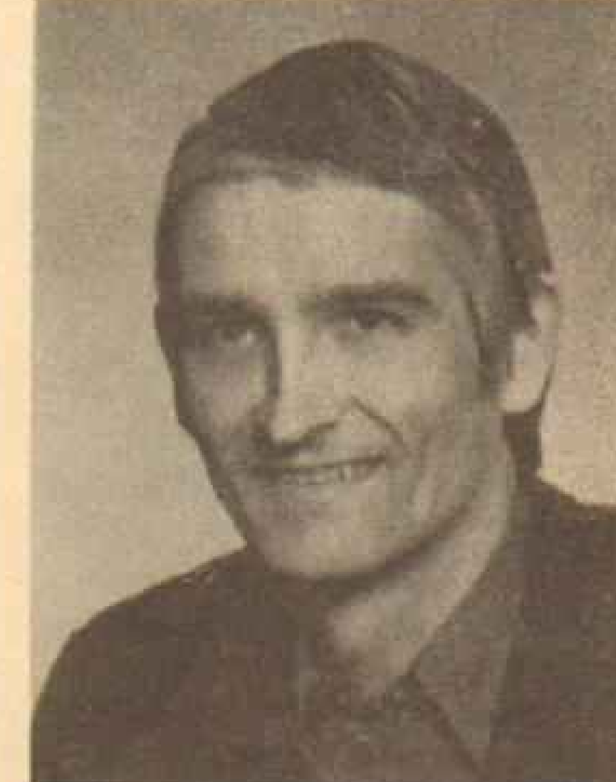
FREITAG: In Altona, Oelkersallee 5, 'Altes Sängerheim', S-Bahn Holstenstr.

Dieter Stoll (26)



1947 in Weilheim/Obb. geboren. Früh stirbt der Vater. Seine Mutter muß nun ihre drei kleinen Kinder mit 80 Mark Wohlfahrt und später 160 Mark Rente im Monat durchbringen. Es ist die Zeit der 50-iger Jahre, als sich der westdeutsche Imperialismus in brutaler Ausbeutung der Arbeiterklasse wieder einen Platz an der Sonne schafft. Früh muß Dieter als Ältester Geld mitverdienen. Er geht auf den Bau. Mitte der 60-iger Jahre nimmt er am "Arbeiterjugendkongreß" in Magdeburg teil. Tiefe Enttäuschung! Verschwunden die revolutionären Transparente vom Sieg des Sozialismus, für die Wiedervereinigung, die er noch von den Besuchen bei seinen Großeltern in Thüringen in den 50-iger Jahren kennt. Stattdessen Friede, Freude, Eierkuchenparolen. Dieter geht nach Westberlin, arbeitet auf dem Bau, erhält Kontakt zur Partei. Jetzt ist sein Ziel klar: Revolution, die Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse, statt Reform und Verlängerung der kapitalistischen Herrschaft. "Reform oder Revolution" und "Rote Raketen" heißen Parteifilme, an denen er mitwirkt. Heute ist er verheiratet, ein Kind und verantwortlicher Redakteur des ROTEN MORGEN.

Peter Platzmann (34)



In Sachsen geboren. Nach dem Krieg mit 4 Geschwistern in Armut aufgewachsen. Nur einer konnte studieren. Abitur, Studium der Pharmazie in Würzburg. Seit 1967 Apotheker in Hamburg. Antifaschistisch erzogen, kämpfte er schon als Student gegen die imperialistische Teilung Deutschlands, gegen den Bonner Revanchismus und die US-Aggression in Vietnam. In seinem Beruf stieß er darauf, wie rücksichtslose Profitgier Elend erzeugt: Während seiner Praktikantenzeit war das meistverkaufte Schlafmittel das berüchtigte – damals wider besseren Wissens als unschädlich gepriesene – Contergan. Der Arzneimittelmarkt zeigte ihm die Sinnlosigkeit des Kapitalismus: Groß-Unternehmen füllen sich die Taschen, aber 60.000 Medikamente (allein 464 Hustenmittel) treiben Ärzte und Apotheker zur Verzweiflung und schaden der Gesundheit der Patienten. Seit Jahren steht Peter vorbehaltlos an der Seite der kämpfenden Arbeiterklasse, bereit ihr zu dienen in ihrem schweren, aber unter der Führung ihrer Partei, der KPD/ML sicher siegreichen Kampf.

Martin Peleikis (22)



Geboren als Sohn des Fischermeisters Martin Wilhelm Peleikis in Kropp/Schleswig. Ostern 1957 wird klein Martin eingeschult, er verläßt die Schule 1968 mit dem Realabschluß, beginnt eine Lehre als technischer Zeichner bei der Firma HAGENUK, Kiel. Nach Beendigung seiner Lehrzeit wird er ins Angestelltenverhältnis übernommen. Niemand, so heißt es im Grundgesetz, der Verfassung der Bundesrepublik, darf wegen seiner politischen Weltanschauung verfolgt oder benachteiligt werden. Martin erfährt das Gegenteil. Wegen seiner Mitgliedschaft in der KPD/ML, wegen angeblicher Redakteurtätigkeit in der Betriebszeitung der Partei, "Der Angriff", wird er gefeuert. Arbeitslos. Anschließend Arbeit als Dreher in der A.G. Koch. Heute leitet er den "Thälmann-Buchladen" der KPD/ML in Kiel. Er hat erkannt: Es kann die Befreiung der Arbeiter nur, das Werk der Arbeiter sein!

Karl Klingemann (37)



Geboren in Hamburg. Nach Mittelschulabschluß Tischlerlehre in Rothenburgsort. Als Lehrling bekommt es besonders die Ausbeutung und die durch den Krauter betriebene Spaltung von den älteren Kollegen zu spüren. Anschliessend Besuch der Hamburger Bauschule, Ingenieurabschluß. Als Angestellter in Architektenbüros versucht er menschliche Wohnungen, Siedlungen und gesunde Arbeitsplätze in Fabrik und Büro zu planen. Es bleibt bei der Planung. Kapital und Staat, Grundbesitz, Bodenspekulation und Wucher ersticken jede menschenwürdige Planung im Keim. Sie mißbrauchen die Planer zur Zerstörung der Städte und der Landschaft. Karl, der inzwischen verheiratet ist und zwei Kinder hat, erkennt, daß das Grundübel von allem, der Kapitalismus ist. Das Streben nach Gewinn, nach höchsten Profiten. **Durch die Partei und die Wissenschaft der Arbeiterklasse, den Marxismus-Leninismus, erkennt er, daß sein künftiges Leben, sein Platz wie der jedes Angestellten, an der Seite der kämpfenden Arbeiterklasse und ihrer Partei, der KPD/ML ist.**

DEUTSCHLAND DEM DEUTSCHEN VOLK

Sind Wahlen sinnlos ?

Sicher, wer meint, durch Wahlen etwas entscheidend verändern zu können, wer meint, seine Stimme für eine der bürgerlichen Parteien von NPD – CDU – FDP – SPD bis hin zur D'K'P könne ihm irgend eine Verbesserung bringen, ist auf dem Holzweg.

Oder habt Ihr durch die Wahlen der vergangenen Jahre das ständige Stiegen der Preise verhindern können? Konntet Ihr verhindern, daß sich die Mieten für Eure Wohnungen in den letzten 10 Jahren um 30, 50, 80 Prozent erhöhten, ja bei vielen sich mehr als verdoppelten? Ist Eure Arbeit im Betrieb, im Büro angenehmer geworden? Laufen die Bänder langsamer? Konntet Ihr das Steigen der Unfalltoten im Betrieb und Verkehr stoppen? Die Umweltverschmutzung? Die steigende Kriminalität? Werden die Rentner, die ihr Leben lang hart gearbeitet, geklebt haben, nicht immer noch auf den Rentenstellen, bei den Behörden behandelt wie lästige Bittsteller?

Nein, all das hat Euer Stimmzettel nicht ändern, nicht verhindern können, und er wird es auch in Zukunft nicht ändern. **Die Politik wird nicht im Parlament, in der bundestäglichen Schwatzbude gemacht, sie wird gemanagt in den Konzernbüros, den Ausschüssen, den Direktionsetagen der Banken.** Abgeordnete, Parlamentarier werden gehandelt wie die reifen Tomaten. Beraterverträge, legale Bestechung, oder man schickt gleich seine leitenden Angestellten, Juristen, Verbands- und Parteifunktionäre in die Parlamente. Die Wahlen dienen lediglich dazu, den Werktätigen Sand in die Augen zu streuen, ihnen das Gefühl zu vermitteln, sie könnten in diesem Staat irgendetwas mitentscheiden, mitbestimmen. Sie haben ja nicht einmal die Möglichkeit, Einfluß auf die Aufstellung eines Kandidaten zu nehmen, geschweige denn, daß sie ihn während der Wahlperiode, wenn er ihre Interessen nicht vertritt, absetzen oder zur Verantwortung ziehen könnten.

Diese ganze sogenannte bürgerlich-parlamentarische Demokratie, die angeblich freiheitliche Grundordnung ist nur der Schafspelz, den der Wolf, das Kapital, sich umhängt, um seine Herrschaft, seine Diktatur über die große Masse des Volkes zu verschleiern.
Wehe, diese Herrschaft wird durch das Volk, die Ausgebeuteten und ihr Leben lang Unterdrückten gefährdet. Sie wollen nicht mehr so weiterleben wie bisher. Dann läßt der Wolf den Schafspelz, dann läßt er die Maske, die Tarnung fallen. Begnügte er sich bis dahin, mittels seiner Medien wie Fernsehen, Funk, Presse und Film, die öffentliche Meinung zu manipulieren, die Werktätigen mittels Parlament, seiner Gesetze, seiner Bürokratie, seiner Justiz an der Kandarre zu halten, so errichtet er in solch einem Fall seine offen faschistische Diktatur.

Eines muß sich jeder Arbeiter, jeder Angestellte, müssen wir alle uns merken: Auf parlamentarischem, auf friedlichem auf dem Weg über den Stimmzettel können wir unsere Lage nicht ändern, können wir das kapitalistische System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nicht beseitigen und an seiner Stelle die Herrschaft der Arbeiterklasse im Bündnis mit allen Werktätigen errichten. Das hat die Geschichte der letzten 50 Jahre eindeutig bewiesen. **Ohne Anwendung von Gewalt gegen die Gewalttäter, in deren Händen sich Waffen und Machtorgane befinden, kann das Volk nicht von den Gewalttätern befreit werden.**

Wer das Gegenteil behauptet, wie die Führer der D'K'P, ist ein Verräter an den Interessen der Arbeiterklasse, des Volkes, ist kein Kommunist, sondern ein Lakai des Kapitalismus, bestrebt, dessen Leben zu erhalten. In diesem Zusammenhang könnte die Frage auftreten:

Warum beteiligt sich die KPD/ML überhaupt an Wahlen ?

Weil wir als Kommunisten jede sich uns bietende Möglichkeit ausnutzen, um sozialistisches Bewußtsein, um Verständnis für die revolutionären Aufgaben der Arbeiterklasse zu wecken, um den Kommunismus zu propagieren. Dabei bieten sich uns unter anderem auch die Wahlen an. Ob wir sie boykottieren oder an ihnen teilnehmen, entscheiden wir auf Grund einer Untersuchung der bestehenden Situation. Natürlich können wir nie und nimmer die stimmenstärkste Partei werden. Das wird immer die, die das meiste Geld an den Hacken hat, die über die einflußreichsten kapitalistischen Gönner verfügt. Wir aber erhalten weder von den Unternehmern großzügige Wahlkampfspenden, noch werden wir wie die anderen Parteien aus dem Staatssäckel finanziert, noch unterstützt uns "Freund Honecker von drüben". Unsere ganze Wahlagitation und -propaganda müssen wir von unserem kargen Lohn und Gehalt finanzieren. Und wenn ihr Euch vorstellt, daß allein die Herstellung eines Stellschildes 9 Mark kostet, dann wißt Ihr, warum wir nur einige wenige haben. Außerdem werden wir natürlich gegenüber den anderen Parteien in der Vergabe von Sendezeiten im Rundfunk, Veröffentlichungen in der Presse etc. benachteiligt, und die Fünf-Prozent-Klausel soll dafür sorgen, daß wir nicht in die Bürgerschaft kommen, damit die Bonzen unter sich bleiben.

Kolleginnen, Kollegen, wenn wir uns diesmal, wenn sich die KPD/ML, die einzige deutsche Partei, die die Interessen der arbeitenden Menschen vertritt, zur Wahl stellen, so, um Euch die Gelegenheit zu geben, durch Euer Kreuz auf dem Wahlzettel den etablierten bürgerlichen Parteien und ihren Miniablegern die Quittung zu geben. Die Quittung für Lohnraub, und Teuerung, steigende Mieten und Heizungskosten, drohende Arbeitslosigkeit und Unterdrückung, kurz für alles, was Euch seit Jahren stinkt.

Wir versprechen Euch nichts

Keine tiefere Elbe, längere Straßen, neue Schwimmbäder und Krankenhäuser usw. Wir tönen nicht lauthals "Wir sichern Hamburgs Arbeitsplätze", wie die SPD, die gleichzeitig für den SPD-eigenen Auerdruck die Entlassung von 100 Kollegen anmeldet. Oder all die schönen Sprüche der anderen Parteien, die sie Euch um den Bart schmieren, um Eure Stimmen zu fangen. Wir können und werden Euch nicht versprechen, was wir nicht halten können, ein besseres sorgenfreies Leben im Kapitalismus.

Aber eines versprechen wir Euch: Schickt Ihr uns mit Eurer Stimme ins Rathaus, in die Bürgerschaft, dann wird es dort mit der behaglichen Ruhe vorüber sein. Dann wird gewirbelt. Unbestechlich werden wir den Daumen draufhalten, auf jede Korruption, jeden Schwindel, jede Schiebung. Unnachgiebig werden wir, wie wir es als Kommunisten auch in den Betrieben tun, uns für jede berechtigte Forderung der Hamburger Werktätigen einsetzen. **Rücksichtslos werden wir entlarven, wie die Steuermittel verschleudert werden, wie im Parlament nur geschwätzt wird, während die Entscheidungen bereits in den Zimmern der Konzernherren gefallen sind, wie das Volk betrogen wird, wie der Staat sich an Bodenspekulation und Mietwucher beteiligt. Werden wir beweisen, daß ein bürgerliches Parlament nichts anderes verdient, als durch den revolutionären Kampf der Volksmassen auseinandergejagt zu werden!**

Dafür kämpft die KPD/ML !

29 Jahre nach Kriegsende ist Deutschland noch immer geteilt und von fremden Truppen besetzt. Weder haben wir einen Friedensvertrag, noch wurden die Bedingungen des Potsdamer Abkommens erfüllt. Wie im Weltmaßstab, so handeln die USA-Imperialisten und die sowjetischen Sozialimperialisten auch in der deutschen Frage gegen- und miteinander, wobei sie sich der jeweiligen deutschen Regierungen in ihrem Bereich als Komplize und Handlanger (Bundesrepublik) oder Vasallen (DDR) bedienen. Während sie einerseits die Teilung Deutschlands am liebsten bis auf den St. Nimmerleinstag aufrechterhalten möchten - nichts fürchten sie mehr als ein einiges, unabhängiges, vor allem sozialistisches Deutschland - versuchen sie andererseits, den jeweils anderen Teil Deutschlands in ihren Machtbereich einzubeziehen.

Während sie von Frieden, Sicherheit und Entspannung schwatzen, um unsere Wachsamkeit einzuschläfern, steigern sie ihre Rüstung wie verrückt. So haben die imperialistischen Führer in Moskau die Anzahl ihrer Nuklearraketen, die auf Westeuropa gerichtet sind, auf 700, haben sie die Zahl ihrer in der DDR stationierten Panzer um 1.000 erhöht, so daß heute den 28.000 Panzern des Warschauer Paktes in Europa 6.600 der NATO gegenüberstehen. Gleichzeitig dienen ihnen die beiden deutschen Staaten als Aggressionsbasen gegen andere Völker (den sowjetischen Sozialimperialisten bei ihrem Überfall auf die Tschechoslowakei, den USA-Imperialisten bei der Unterstützung des israelischen Überfalls auf die arabischen Völker.

Die Regierungen beider deutscher Staaten haben die nationalen Interessen des deutschen Volkes verraten und treten sein Selbstbestimmungsrecht mit Füßen. Während die Bundesregierung der Besetzung Westdeutschlands bis in das Jahr 2005 zustimmte, unsere Heimat den Einflüssen des kapitalistischen sogenannten "amarican way of life" mit seinem Haschund Drogenkult, Rassenhaß und Sektenwahn, Porno-, Pop-, Reklame- und Moderummel, bestialische Mordinstinkte verherrlichenden Filmen, comic stripes und Schundliteratur öffnete und allein seit 1961 38 Milliarden Mark für die Stationierung der US-Truppen aus der westdeutschen Bevölkerung herauspreßte, hat die Regierung der DDR, die Honnecker-Stoph-Clique, diesen Teil unserer Heimat in eine Kolonie des sowjetischen Sozialimperialismus verwandelt, in der der sowjetische Militärstiefel regiert, leugnet sie die Existenz einer deutschen Nation und ist bemüht, das Wort "deutsch" aus ihrem Sprachschatz zu streichen. **Sie, die zwei Supermächte und ihre westdeutschen Bündnispartner und ostdeutschen Lakaien möchten die Deutschen vergessen machen, daß sie eine große Vergangenheit als selbständige und begabte Nation besitzen.**

Während die Stationierung ausländischer imperialistischer Truppen auf dem Territorium beider deutscher Staaten und die Bindung dieser Staaten an verschiedene, aggressive, militärische Bündnissysteme, der unter der Oberhoheit der US-Imperialisten stehenden NATO und dem von den sowjetischen Imperialismus beherrschten Warschauer Pakt, **die Kriegsgefahr, die Gefahr, daß Deutschland Schlachtfeld eines kommenden Krieges wird, daß Deutsche auf Deutsche schießen müssen**, erhöht, dient die Stationierung dieser Truppen gleichzeitig den Regierungen beider deutscher Staaten als letzter Schutz ihrer kapitalistischen Herrschaft gegen den bewaffneten Aufstand des Volkes in der sozialistischen Revolution, gegen die Errichtung bzw. Wiedererrichtung (DDR) der Herrschaft der Arbeiterklasse.

Das deutsche Volk aber wünscht die nationale Einheit. Es wünscht ein unabhängiges Deutschland, ein Deutschland, in dem keine sowjetischen Panzer rasseln, in dem kein Dollar die Inflation treibt, in dem keine amerikanischen Konzerne und keine sowjetischen "Kooperationsverträge" die Arbeiter zusätzlich ausbeuten. Das deutsche Volk wünscht ein vereintes und friedliches Deutschland, von dessen Boden aus nie wieder Kriegsbrandstifter vom Schlage der Krupp, Thyssen, Flick und Konsorten einen imperialistischen Raubkrieg entfesseln können.

Ein solches vereintes und friedliebendes Deutschland kann aber weder ein Deutschland unter der Diktatur des Finanzkapitals, des westdeutschen Imperialismus, noch ein Deutschland ostdeutscher, sozialfaschistischer, sozialimperialistischer Prägung sein. Ein solches Deutschland wäre weder ein friedliebender, demokratischer, noch unabhängiger Staat. Weder das deutsche, noch die anderen Völker Europas könnten und würden sich mit solch einem einheitlichen Deutschland abfinden. **Darum kann die Wiedervereinigung Deutschlands heute nur in einem vereinten, unabhängigen und sozialistischen Staat erfolgen. Deshalb ist der Kampf um die Einheit Deutschlands ein untrennbarer Bestandteil der sozialistischen Revolution.**

Es wäre ein Trugschluß, zu glauben, die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes in einem einigen, unabhängigen, sozialistischen Deutschland könne herbeigeführt werden durch Wahlen, durch die Verhandlung beider deutscher Regierungen miteinander, durch die Großmut der Supermächte. Unsere einheimischen und ausländischen Unterdrücker in Ost und West werden alle ihnen zur Verfügung stehenden Machtmittel benutzen, um eine grundlegende Änderung der bestehenden Lage und die nationale Vereinigung Deutschlands zu verhindern. **Deshalb kann der Weg zur nationalen Einheit nur über die Vertreibung aller Besatzungsmächte von deutschem Boden und den revolutionären Sturz ihrer Lakaien und Bündnispartner in Ost- und Westdeutschland erfolgen.**

Erheben wir uns! Nehmen wir den revolutionären Kampf auf gegen das sich gegen die sozialen und nationalen Interessen des deutschen Volkes, gegen seine Freiheit, Unabhängigkeit und physische Existenz richtende Komplott der zwei Supermächte und ihrer westdeutschen Bündnispartner und ostdeutschen Lakaien! Kämpfen wir für den Abzug aller fremden Truppen aus Deutschland, für den Austritt der zwei deutschen Staaten einerseits aus der NATO, der EG, andererseits aus dem Warschauer Pakt und dem RGW (Comecon). Kämpfen wir für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

- o Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML
- o Ich möchte den ROTEN MORGEN, das Zentralorgan der KPD/ML abonnieren.
- o Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

NAME:..

WOHNORT:..

STRASSE:..

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, 2 Hamburg 50, Stresemannstr. 110** - (an der Sternbrücke)
Täglich geöffnet von 16.oo – 18.3o Uhr, Samstags von 9.3o – 13.oo Uhr. Außer Informationen sind dort erhältlich: Werke der revolutionären Literatur und Kunst, der ROTE MORGEN, Broschüren und andere Materialien der KPD/ML.

FÜR DIE SOZIALISTISCHE REVOLUTION